

LINK TO EUROPE

Europabüro der Metropolregion
FrankfurtRheinMain

Poststraße 16
60329 Frankfurt am Main
☎ +49 69 2577 1538
✉ europa@region-frankfurt.de
www.europabuero-frm.de ↗

14.09.2022

INHALTSVERZEICHNIS



Aktuelles aus der EU	2
Rede zur Lage der Union: Neue Initiativen der EU-Kommission	2
Kommunale Belange und regionale Entwicklung	3
EFRE: Erster Förderaufruf 2021-2027 in Hessen geöffnet	3
„Driving Urban Transitions“: EU-Partnerschaft und Förderaufruf	4
Erasmus+: Arbeitsprogramm 2023 veröffentlicht	5
Energie, Klima und Umwelt	5
Energiepreise: Kommissionsvorschläge zur Reform des EU-Strommarktes	5
8. Umweltaktionsprogramm: Überwachungsrahmen vorgestellt	6
Wirtschaft, Forschung und Innovation	7
Digitalisierung: Umsetzungsmechanismus EU-Ziele und aktuelles Ranking	7
Folgen Sie uns auf Twitter	9

Aktuelles aus der EU

Rede zur Lage der Union: Neue Initiativen der EU-Kommission

Am 14. September 2022 adressierte die Präsidentin der Europäischen Kommission, Ursula von der Leyen, in Straßburg das versammelte Plenum des Europäischen Parlamentes mit ihrer jährlichen Rede zur Lage der Europäischen Union.

In ihrer [Ansprache](#) stellte die Präsidentin zunächst die europäische Unterstützung für die Ukraine im Angesicht der russischen Invasion ins Zentrum. Die Krise habe „Europas innere Stärke zurück an die Oberfläche“ gebracht, die EU-Sanktionen seien wirksam und müssten von Dauer sein. Neben zusätzlichen Mitteln für den Wiederaufbau der Ukraine kündigte von der Leyen eine weitere wirtschaftliche Integration mit der Europäischen Union und dem EU-Binnenmarkt an. Den weiteren Beitrittskandidaten sagte sie zu, dass die EU ohne diese Staaten „nicht vollständig“ sei, weshalb sie über die Beitrittsverfahren hinaus den Vorschlag einer „politischen Union“ unterstütze und dem Rat einen entsprechenden Vorschlag unterbreiten wolle.

Daran anknüpfend setzte die Präsidentin einen zweiten Fokus auf umfassende Maßnahmen zur Dämpfung steigender Heiz- und Energiekosten (s. S. 5). Von der Leyen bekräftigte den Ausbau erneuerbarer Energiequellen und kündigte insbesondere den Aufbau einer Wasserstoffbank an, die mit etwa 3 Mrd. Euro die Wasserstoffwirtschaft in der EU unterstützen solle. Neben dem Green Deal lobte sie außerdem das Wiederaufbauprogramm NextGenerationEU, dessen Investitionsmittel nun auch vor Ort ankommen müssten. Außerdem solle die wirtschaftspolitische Steuerung der EU im kommenden Jahr überarbeitet (mehr Flexibilität beim Schuldenabbau, dafür mehr Rechenschaftspflichten) und ein Entlastungspaket für KMU aufgelegt werden. Als weitere Schwerpunkte nannte sie die Sicherung der Rohstoffversorgung („EU Souveränitätsfonds“ und das Gesetz zu kritischen Rohstoffen) sowie die Ausweitung bilateraler Handelsverträge mit „gleichgesinnten Partnern“. Außerdem ging von der Leyen auf die Herausforderung Fachkräftemangel ein und kündigte an, 2023 zum europäischen Jahr der Aus- und Weiterbildung („Jahr der Kompetenzen“) zu erklären.

Weitere Akzente der Rede lagen auf der Wahrung der Rechtsstaatlichkeit und einer stärkeren Bekämpfung der Korruption innerhalb der EU. Außerdem kündigte die Kommissionspräsidentin ein sogenanntes Paket zur Verteidigung der Demokratie an. Als Ergebnis aus der Konferenz zur Zukunft Europas sollen die Bürgerpanels dauerhaft installiert sowie ein europäischer Verfassungskonvent einberufen werden. Eine Erweiterung der Union bedinge auch eine „ernsthafte Reform“.

Die konkreten neuen Initiativen der EU-Kommission finden sich auch zusammengefasst in einer begleitenden [Absichtserklärung](#) in Form eines Schreibens an die Spitzen von Rat und Parlament. Aus kommunaler und regionaler Sicht ist dabei u. a. die angekündigte Überarbeitung des Abfallrechtsrahmens von Interesse.



Kommunale Belange und regionale Entwicklung

EFRE: Erster Förderaufruf 2021-2027 in Hessen geöffnet

Seit dem 16. August 2022 können die ersten Anträge in der neuen Förderperiode 2021 bis 2027 im Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) in Hessen gestellt werden (vgl. [Europa Info 5/2022](#), S. 2 und [Newsbeitrag](#)).

In dieser ersten Tranche sind Förderaufrufe in drei Förderprogrammen geöffnet worden:

- ★ [Förderung von Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in Unternehmen](#)
- ★ [Förderung von Pilot-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben im Energiebereich \(Förderung innovativer Energievorhaben\)](#)
- ★ [Förderung von Investitionen in den produktionsintegrierten Umweltschutz \(PIUS-Invest\)](#)

Im Förderprogramm zu den innovativen Energievorhaben sind neben KMU und Forschungseinrichtungen auch kommunale Gebietskörperschaften sowie Zweckverbände, Verbände, Vereine, Stiftungen und Genossenschaften förderfähig. Der Förderzuschuss aus dem EFRE liegt in der Regel bei 40 %. Bei nichtgewerblichen Antragstellern kann der Zuschuss für Pilot-, Demonstrations- und Entwicklungsvorhaben höher ausfallen.

Der aktuelle [Förderaufruf](#) mit den jeweiligen Ansprechpartnern bei der WIBank wurde im hessischen Staatsanzeiger veröffentlicht. Die Anträge können im [Kundenportal der WIBank](#) gestellt werden. Hierzu ist eine einmalige Registrierung auf der Webseite notwendig. Allerdings muss zur endgültigen Genehmigung der Projekte die Förderrichtlinie ebenfalls noch genehmigt und im Staatsanzeiger veröffentlicht werden.

Weitere Informationen wie inhaltliche Schwerpunkte und Auswahlkriterien zu den einzelnen Programmen sind den oben verlinkten Seiten zu entnehmen, Informationen zum EFRE finden sich auf unserer [Webseite](#).

In der aktuellen Förderperiode sind außerdem zwei weitere Aufrufe geplant: Der Start der Förderprogramme zum „Wissens- und Technologietransfer“, „Forschungsinfrastruktur und Forschungsgroßgeräten“ sowie für „Investitionen und technologische Modernisierung in KMU“ ist noch für das laufende Jahr angekündigt. 2023 soll nach jetzigem Stand dann der dritte Förderaufruf mit weiteren Förderprogrammen geöffnet werden. Darunter befinden sich Programme zur Förderung

- ★ von überbetrieblichen Berufsbildungsstätten,
- ★ von intelligenten, effizienten und CO₂-armen Wärmenetzen,
- ★ von effizienter und CO₂-armer Abwärmenutzung,
- ★ von umwelt- und klimafreundlicher urbaner Mobilität sowie
- ★ der Gründungsbereitschaft und des Unternehmertums.

Das Europabüro hatte sich als Mitglied des Begleitausschusses EFRE in Hessen u. a. mit verschiedenen [Stellungnahmen](#) an der Diskussion zur Erstellung des Operationellen Programms beteiligt.



„Driving Urban Transitions“: EU-Partnerschaft und Förderaufruf

Unter dem Dach des EU Forschungs- und Innovationsprogramms „[Horizont Europa](#)“ formierte sich zur neuen Förderperiode eine neue Partnerschaft mit dem Titel „Driving Urban Transitions to a sustainable future“ ([DUT](#)), die mittels Forschungs- und Innovationsmaßnahmen sowie der Unterstützung eines Kapazitätsaufbaus für Städte den Wandel hin zur Nachhaltigkeit in den folgenden „urbanen Transformationspfaden“ unterstützen möchte:

- ★ Städtische Kreislaufwirtschaft,
- ★ Positiv-Energie-Quartiere,
- ★ 15-Minuten-Stadt.

Die DUT-Partnerschaft soll damit auch zur Umsetzung der EU-Mission zu 100 klimaneutralen Städten bis 2030 beitragen (vgl. [Europa Info 04/2022](#), S. 5).

Hierzu wird am 21. September 2022 ein erster [Förderaufruf](#) öffnen, unter dem sich transnationale Konsortien aus mindestens drei verschiedenen Teilnehmerstaaten bis zum **21. November 2022** mit einer ersten Projektskizze bewerben können. Aussichtsreiche Kandidaten werden dann eingeladen, bis zum 3. Mai 2023 einen vollständigen Antrag einzureichen.

Da die DUT-Partnerschaft von nationalen Fördereinrichtungen kofinanziert wird, umfassen die Teilnehmerstaaten neben den meisten EU-Mitgliedsländern auch Norwegen, die Schweiz, die Türkei und das Vereinigte Königreich Großbritannien. Antragsberechtigt sind neben öffentlichen Einrichtungen auch Universitäten, Forschungszentren und Unternehmen. Ein interdisziplinärer Ansatz und (wo sinnvoll) die Einbindung von Bürgerinnen und Bürgern bzw. NGOs sind erwünscht. Projekte sollten sich auf folgende Schwerpunktbereiche im urbanen und peri-urbanen Raum konzentrieren:

- ★ Energiegemeinschaften,
- ★ Energie-Flexibilität,
- ★ Energieeffizienz in bestehenden urbanen Strukturen,
- ★ Den Mix städtischer Funktionen und Dienstleistungen stärken,
- ★ Angebote nachhaltiger Mobilität für Personen und Güter im peri-urbanen Raum stärken,
- ★ Öffentliche Flächen und Straßen nachhaltiger nutzen,
- ★ Städtische Ressourcen teilen und zirkulär organisieren,
- ★ Naturbasierte Lösungen für die Kreislaufwirtschaft,
- ★ Städtische Nahrungsmittelsysteme.

Die konkreteren Teilnahmebedingungen und Beschreibungen der Schwerpunktbereiche finden sich bereits in einem [vorläufigen englischsprachigen Förderaufruf](#) zusammengefasst. Für den [20. September 2022](#) und den [18. Oktober 2022](#) sind außerdem zwei virtuelle Informationstage angekündigt. Außerdem wird die DUT-Partnerschaft am 4. und 5. Oktober offiziell mit einer weiteren [Konferenz](#) in Brüssel gestartet, die ebenfalls online verfolgt werden kann.



Erasmus+: Arbeitsprogramm 2023 veröffentlicht

Das [Arbeitsprogramm 2023](#) für das Europäische Förderprogramm für Bildung, Jugend, und Sport Erasmus+ wurde kürzlich veröffentlicht.

Insgesamt stehen für die Umsetzung der einzelnen Unterprogramme für 2023 bis zu 4,17 Mrd. Euro zur Verfügung. Die Durchführung von Projekten im Rahmen von Erasmus+ soll sich im nächsten Jahr auf vier übergreifende Prioritäten stützen:

- ★ Inklusives Erasmus+, einschließlich der Integration von Flüchtlingen,
- ★ Grünes Erasmus+,
- ★ Digitales Erasmus+,
- ★ Teilnahme am demokratischen Leben, gemeinsame Werte und bürgerschaftliches Engagement.

Weitere Informationen zu Erasmus+ gibt es auf der entsprechenden [Homepage](#) oder auch auf unserer [Webseite](#).

Hintergrund:

Erasmus+ ist das Programm der Europäischen Union für Bildung, Jugend und Sport. Es ermöglicht Europäerinnen und Europäern, im Ausland zu lernen, zu studieren, sich weiterzubilden, Berufserfahrung zu sammeln oder Freiwilligenarbeit zu leisten. Die Ziele von Erasmus+ werden mit Hilfe von verschiedenen Leitaktionen verfolgt. Dazu gehören:

1. Lernmobilität von Einzelpersonen,
2. Zusammenarbeit zwischen Organisationen und Einrichtungen,
3. Unterstützung der Politikentwicklung bzw. der politischen Zusammenarbeit.

Energie, Klima und Umwelt

Energiepreise: Kommissionsvorschläge zur Reform des EU-Strommarktes

Ausgehend von einem Sondertreffen der Europäischen Energieminister am 9. September 2022 (englischsprachiges [Ergebnisdokument](#)) und einer [Grundsatzrede](#) von Kommissionspräsidentin von der Leyen beim „Strategischen Forum“ im slowenischen Bled präsentierte die EU-Kommission im Zuge der [Rede zur Lage der Union](#) am 14. September 2022 (s. S. 2) einen Vorschlag für ein Notfallinstrument, mit dem den drastisch steigenden Energiepreisen in der EU entgegengewirkt werden soll.

Der entsprechende englischsprachige [Verordnungsvorschlag](#) umfasst:

- ★ Die Senkung des monatlichen Endenergieverbrauchs in den Mitgliedstaaten um 10 % (bzw. um 5 % zu Stoßzeiten) im Vergleich zu den Wintermonaten der fünf vorhergegangenen Jahre;
- ★ Eine vorübergehende Erlösobergrenze von 180 EUR pro MWh für die Stromerzeugung aus Wind-, Solar-, Wasser-, und Kernenergie sowie aus Geothermie, Biomasse und Rohöl; außerdem die

„zielgerichtete“ Umverteilung darüberhinausgehender sog. „Zufallsgewinne“ in geschätztem Volumen von 117 Mrd. Euro auf die Endverbraucher, d. h. um verschiedene Formen nationaler Strompreisbremsen zu finanzieren;

- ★ Eine Ausnahme von den EU-Regelungen zum Eingriff in die Preisbildung, die es den Mitgliedstaaten erlaubt, kleine und mittlere Unternehmen mit Elektrizität zu einem verminderten Preis zu versorgen;
- ★ Einen weiteren „Solidarbeitrag“ der fossilen Energieversorger (Öl, Gas und Kohle) in geschätzter Höhe von 25 Mrd. Euro aus Gewinnen, die mind. 20 % über dem Profit der drei vorherigen Jahre liegen, zur Dämpfung der Energiekosten für Endverbraucher.

Diese Maßnahmen sollen spätestens ab dem 1. Dezember 2022 bis Ende März 2023 (Übergewinnabschöpfung) bzw. ein ganzes Jahr (Solidarbeitrag) gelten. Da es sich um eine Ratsverordnung handelt, ist lediglich eine qualifizierte Mehrheit zwischen den Mitgliedstaaten erforderlich, um diesen Rechtsakt in Kraft zu setzen – d. h. das Europäische Parlament ist an diesem Vorgang nicht beteiligt. Die Europäische Kommission wird die Wirksamkeit der Maßnahmen vor Ablauf evaluieren.

Zur Erläuterung dieses Vorgangs bietet die Kommission außerdem online ein deutschsprachiges [FAQ](#) und ein englischsprachiges [Faktenblatt](#) an.

Mit Blick auf eine dauerhafte Reform stellte die Kommissionspräsidentin in ihrer Rede zur Lage der Union außerdem eine Überarbeitung der Regelungen für den EU-Elektrizitätsbinnenmarkt unter einer angekündigten Entkopplung des Strompreises vom Gaspreis in Aussicht. Mit Blick auf die im Rat bislang kontroversen Überlegungen zur Senkung der Gaspreise möchte die Kommission ihren Dialog mit den Mitgliedstaaten weiter vertiefen und zudem beihilferechtliche Erleichterungen für die finanzielle Stabilisierung von Energieversorgern prüfen.

8. Umweltaktionsprogramm: Überwachungsrahmen vorgestellt

Die Europäische Kommission veröffentlichte am 26. Juli 2022 eine [Mitteilung zum Überwachungsrahmen](#) des 8. Europäischen [Umweltaktionsprogramms](#) (UAP, vgl. [Europa Info 04/2022](#), S. 5). Mit Hilfe der darin festgelegten Liste aus 26 Indikatoren in den folgenden acht Schwerpunktbereichen sollen künftig jährlich durch die Europäische Umweltagentur die Fortschritte bei der Umsetzung des UAP überprüft werden:

- ★ Klimaschutz,
- ★ Anpassung an den Klimawandel,
- ★ Regenerative Kreislaufwirtschaft,
- ★ Null-Schadstoff-Ziel und eine schadstofffreie Umwelt,
- ★ Biologische Vielfalt und Ökosysteme,
- ★ Umwelt- und Klimabelastungen in Verbindung mit Produktion und Verbrauch,
- ★ Lebensqualität innerhalb der Belastbarkeitsgrenzen der Erde,
- ★ Rahmenbedingungen.



Hintergrund:

Das UAP fungiert als strategischer Rahmen für den europäischen Umweltschutz bis 2030 und wurde im Frühjahr 2022 beschlossen (vgl. [Europa Info 04/2022](#), S. 5). Die grundsätzlichen Prioritäten des UAP sind in der Neuauflage inzwischen faktisch deckungsgleich mit den Prioritäten des EU Green Deals (vgl. [Europa Info 10/2019](#), S. 2).

Wirtschaft, Forschung und Innovation

Digitalisierung: Umsetzungsmechanismus EU-Ziele und aktuelles Ranking

Bereits vor der politischen Sommerpause konnten der Rat der Europäischen Union und das Europäische Parlament eine [Einigung](#) über den Governance-Rahmen der „Digitalen Dekade“, d. h. einen Umsetzungsmechanismus für die Digitalisierungsziele der EU bis 2030 erzielen (vgl. [Europa Info 08/2021](#), S. 8). Außerdem veröffentlichte die EU-Kommission mit dem [DESI-Index](#) das europäische Digitalisierungsranking 2022.

Das im Juli 2022 vereinbarte [Politikprogramm](#) zur Umsetzung der digitalen Dekade spezifiziert die bereits im März 2021 von der Europäischen Kommission umrissenen europäischen [Digitalisierungsziele](#) (vgl. [Europa Info 03/2021](#), S. 7) wie folgt:

- ★ Digitale Kompetenzen: 80 % der erwachsenen Bevölkerung besitzen digitale Fähigkeiten, 20 Mio. IKT-Expertinnen und Experten;
- ★ Digitale Infrastruktur: Gigabitanschluss für alle, 20 % der weltweiten Halbleiterproduktion in Europa, 10.000 klimaneutrale und sichere dezentrale Datenverarbeitungsknoten, erster Quantencomputer in 2025;
- ★ Digitaler Wandel in Unternehmen: Verdopplung der Anzahl „digitaler „Einhörner“, 75 % der Unternehmen nutzen digitale Anwendungen, 90 % der KMU erreichen das Grundlevel digitaler Intensität;
- ★ Digitalisierung öffentlicher Dienste: alle zentralen Verwaltungsdienste können digital erledigt werden, umfassender Zugriff auf elektronische Gesundheitsakten, alle EU-Einwohner können das eID-System nutzen.

Kommission und Mitgliedstaaten werden hierfür gemeinsam Zielpfade auf EU-Ebene entwickeln, während sich die Mitgliedstaaten wiederum verpflichten, nationale Ziel- und strategische Fahrpläne auszuarbeiten. Die Fortschritte werden über den EU-Digitalisierungsindex DESI überwacht, außerdem soll 2026 eine Zwischenevaluierung stattfinden. U. a. in den Bereichen gemeinsame Dateninfrastrukturen und -dienste, stromsparende Prozessoren, 5G-Korridore, Cybersicherheitszentren (EU-Netzwerk), vernetzte öffentliche Verwaltungen oder Digital Innovation Hubs sind sogenannte Mehrländerprojekte mit Investitionen aus Mitteln der EU, der Nationalstaaten und der Privatwirtschaft vorgesehen.

Außerdem einigten sich die EU-Staaten am 5. August 2022 auf eine [Durchführungsverordnung](#) zur Umsetzung eines „Once Only“-Systems in Europa bis Ende 2023. Ziel ist es, dass die Bevölkerung und Unternehmen ab diesem Zeitpunkt Daten nur ein einziges Mal mit öffentlichen Stellen teilen müssen und



diese fortan unter entsprechenden Freigabe- und Sicherheitsvorkehrungen innerhalb der EU-Verwaltungen grenzüberschreitend ausgetauscht werden können.

Der jährliche [DESI-Bericht](#) evaluiert den Digitalisierungsfortschritt in den verschiedenen EU-Mitgliedstaaten gesondert nach Schwerpunktbereichen. 2022 liegt [Deutschland](#) europaweit auf Rang 13 und damit quasi im EU-Durchschnitt. Entsprechend sind für die letzten Jahre „relativ gute“ Fortschritte zu verzeichnen, die sich mit Stärken insbesondere in der Konnektivität niederschlagen. Lediglich bei der Versorgung mit Glasfaser und der Stadt-Land-Divergenz liegt Deutschland weit zurück. Bei den [digitalen öffentlichen Diensten](#) rangiert die Bundesrepublik weiter leicht unter dem EU-Durchschnitt. Die Ergebnisse des DESI-Index sind übersichtlich auf einer [englischsprachigen Internetseite](#) einsehbar.

Folgen Sie uns auf Twitter

Wir sind auf Twitter aktiv, um Sie noch schneller zu informieren und mit Themen, Akteuren, Förderaufrufen oder Preisausschreibungen aus Brüssel zu vernetzen. Twitter ist der größte Kurznachrichtendienst weltweit. Bleiben Sie zusammen mit **bereits über 750 Followern** ganz unkompliziert in Kontakt mit dem Europabüro der Metropolregion FrankfurtRheinMain, indem Sie nach [@RegionFrankfurt](#) suchen und auf „Folgen“ klicken. Der Twitter-Newsfeed ist auch auf unserer [Homepage](#) eingebettet.



Profil bearbeiten

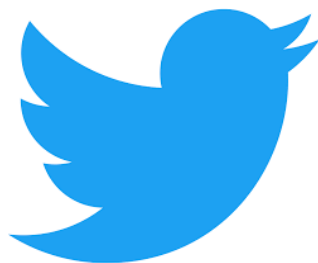
FrankfurtRheinMain

@RegionFrankfurt

European Office of the Metropolitan Region FrankfurtRheinMain (Brussels) linking one of Europe's most dynamic + innovative regions with EU institutions/policies

📍 Brüssel, Belgien 🌐 europabuero-frm.de 📅 Seit Oktober 2011 bei Twitter

400 Folge ich 674 Follower



@RegionFrankfurt



FrankfurtRheinMain @RegionFrankfurt · 9. Sep.

Recommendations for "urban nodes" in the future transeuropean transport-network (TEN-T):

- ✓ respect functional area and subsidiarity
- ✓ synchronise obligations with implementation needs
- ✓ fair balance btw. obligations + privileges

🔗 europabuero-frm.de/Kurzmen%C3%BC... #mobility #transport

Empfehlungen zu »städtischen Knoten« im EU-Verkehrsnetz



Ein effizientes europäisches Verkehrsnetz, das neben den Mobilitätsbedürfnissen der Bevölkerung und Unternehmen auch den Umwelt- und Klimaschutzzielen der EU gerecht wird, braucht nicht nur multimodale Fernverkehrsinfrastrukturen, sondern auch leistungsfähige Knotenpunkte in den Metropolregionen Europas. Diese „städtischen Knoten“ bilden daher zu Recht einen Schwerpunkt bei der Gestaltung einer neuen EU-Verordnung über die Vollendung des transeuropäischen

Verkehrsnetzes (TEN-V).

Zusammen mit den Europabüros des Deutschen Städtetags, der baden-württembergischen Kommunen und der Region Stuttgart erarbeitet das Europabüro FrankfurtRheinMain konkrete Empfehlungen, mit denen sich

Europabüros der Kommunen aus BY, BW, SN 🇪🇺

